

HERNE 2030



Eckpunktevereinbarung zwischen
der SPD Herne und der CDU Herne
für die Wahlperiode 2025-2030

INHALT

Präambel	3
Koordinierung der Zusammenarbeit	3
Inhaltliche Punkte	5
• Arbeit	5
• Schule und Bildung	6
• Kinder, Jugend und Familie	7
• Mobilität und ÖPNV	8
• Sicherheit und Ordnung	10
• Digitalisierung und moderne Verwaltung	11
• Soziales	12
• Sport	13
• Umwelt	14
• Kultur	15
• Wohnen, Infrastruktur und Stadtentwicklung	16
• Finanzen und kommunaler Haushalt	17
• Demokratie stärken	17
Personal und Beteiligungen	18
• Ausschüsse	18
• Bürgermeister	18
• Dezernenten	18
• Beteiligungen	18
Absichtserklärung	19

PRÄAMBEL

Die Vertragspartner vereinbaren eine feste Zusammenarbeit für die Dauer der Wahlperiode 2025 - 2030. Die im Folgenden niedergelegten Punkte sind, die zum jetzigen Zeitpunkt verhandelten, kommunalpolitischen Projekte und Ziele. Beide Partner erklären ihre Absicht, die sich in der Wahlperiode ergebenden neuen Aufgaben im Sinne der Vereinbarung und unter Weiterentwicklung der aufgeführten Verhandlungsergebnisse gemeinsam zu gestalten.

Alle angestrebten Maßnahmen und Projekte stehen unter dem Vorbehalt, dass die notwendige Haushaltskonsolidierung gelingt und unsere Stadt außerdem nicht durch Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung weiter finanziell belastet wird.

Zentraler Eckpfeiler aller politischen Inhalte ist die jährliche Sicherung eines genehmigungsfähigen kommunalen Haushaltes. Für die Haushalte 2026 ff. werden gemeinsame Wege beschritten, um die Genehmigungsfähigkeit u.a. durch jährliche Einmaleffekte und stärkere Verpflichtungen der Beteiligungsgesellschaften sowie ggf. Steuererhöhungen zu generieren.



KOORDINIERUNG DER ZUSAMMENARBEIT

Die Vertragspartner stimmen in den Sitzungen des Rates, seinen Ausschüssen und in den Bezirksvertretungen zu Vorlagen oder Anträgen gemeinsam ab. In Ausnahmefällen sind auch eigene Anträge in den Bezirksvertretungen möglich, die jedoch nicht mit anderen Parteien gemeinsam gestellt werden. Eigene Anträge in den Bezirksvertretungen lösen keinen direkten Dissens aus und führen damit nicht zu einem einseitigen Bruch dieser Eckpunktevereinbarung. Vor dem Einbringen eigener Anträge ist zudem ein vorheriger Versuch der gemeinsamen Antragsstellung unter den Kooperationspartnern durchzuführen. Dennoch sollten eigene Anträge die Ausnahme seien.

Eigene Anträge können nach gemeinsamer Abstimmung vom Antragsteller präsentiert werden.

Vorschläge für gemeinsame Anträge müssen zwei Wochen vor Ende der Einreichfrist beim Kooperationspartner sein.

Anfragen und Anträge zur Tagesordnung können von den Fraktionen autonom eingebracht werden. Die Fraktionen werden sich gegenseitig unterrichten.

Die Vertragspartner planen, in regelmäßigen Abständen gemeinsam die Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit auszuwerten und als Jahresbilanz zu präsentieren.

Die Vertragspartner werden zudem vor den Ausschusssitzungen ihre Positionen abstimmen. Für das laufende Geschäft erfolgt dies durch die Ausschusssprecher bzw. Ausschussvorsitzenden.

Es wird eine Koordinierungsgruppe gebildet. Diese beschränkt sich auf eine Teilnehmerzahl von maximal 8 Personen pro Partei, um die Verhandlungen einfacher zu gestalten.

Sollte zu Vorlagen bis zur jeweiligen Sitzung kein Konsens zum Abstimmungsverhalten erzielt sein, sind diese zurückzustellen, ggf. über Absetzung von der TO zu nehmen. Dies gilt nicht für Vorlagen, die rechtlich verpflichtend zu beraten sind oder wo bei Nichtberatung der Stadt Herne finanzieller Schaden entsteht (z.B. bei Fördermitteln, Zuschüssen, Gebührensatzungen).

Bei Dissens entscheidet die Koordinierungsgruppe. Bis dahin werden sich die Vertragspartner enthalten bzw. Änderungsbedarfe in den Vorberatungen ankündigen. Die Koordinierungsgruppe beschließt einstimmig oder stellt den Dissens fest. Sie regelt dann für den Einzelfall das weitere Verfahren. Sollte es bei Anträgen anderer Fraktionen, Gruppen und Einzelmitgliedern zu einem Dissens zwischen den Kooperationspartnern kommen, so werden sich die Kooperationspartner dafür einsetzen, dass zu diesen kein Beschluss gefasst wird, um somit Zeit für interne Beratungen zu schaffen. Sollte dies nicht möglich sein oder auch nach Beratung ein Dissens bestehen bleiben, so wird der jeweilige Antrag gemeinsam abgelehnt.

Beschlüsse werden protokolliert.

Die getroffenen Regelungen gelten entsprechend für die Gremien der städtischen Beteiligungen.

Zur Halbzeit der Kommunalwahlperiode wird eine Evaluation der bisher geführten Kooperation durchgeführt.

Resolutionen sollen grundsätzlich eine Ausnahme darstellen.



INHALTLICHE PUNKTE

ARBEIT



Realisierung des Projekts Blumenthal-Quartier auf der Basis der substanziellen Vorüberlegungen und wissenschaftlichen Untersuchungen sowie unter der Berücksichtigung und Beachtung der Anregungen durch die Herner Bevölkerung. Die Umsetzung unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten ist uns gleichermaßen wichtig. Die Erschließung des Geländes soll in erster Linie über eine Seilbahn vom Wanne-Eickeler Hauptbahnhof erfolgen, um die Verkehre in den umliegenden Quartieren zum Blumenthal-Areal zu entlasten. Andere Verkehrsträger werden mitberücksichtigt.

Weiterentwicklung bestehender Gewerbegebiete, zum Beispiel „Glück auf Zukunft“, am ehemaligen Güterbahnhof und im Funkenbergquartier mithilfe einer Wirtschaftsstrategie zur Fortentwicklung des Wirtschaftsflächenentwicklungsprogramm (Startup-Szene, Handwerk etc.).

Kommunale Unternehmen im Konzern Stadt erhalten und weiterentwickeln.

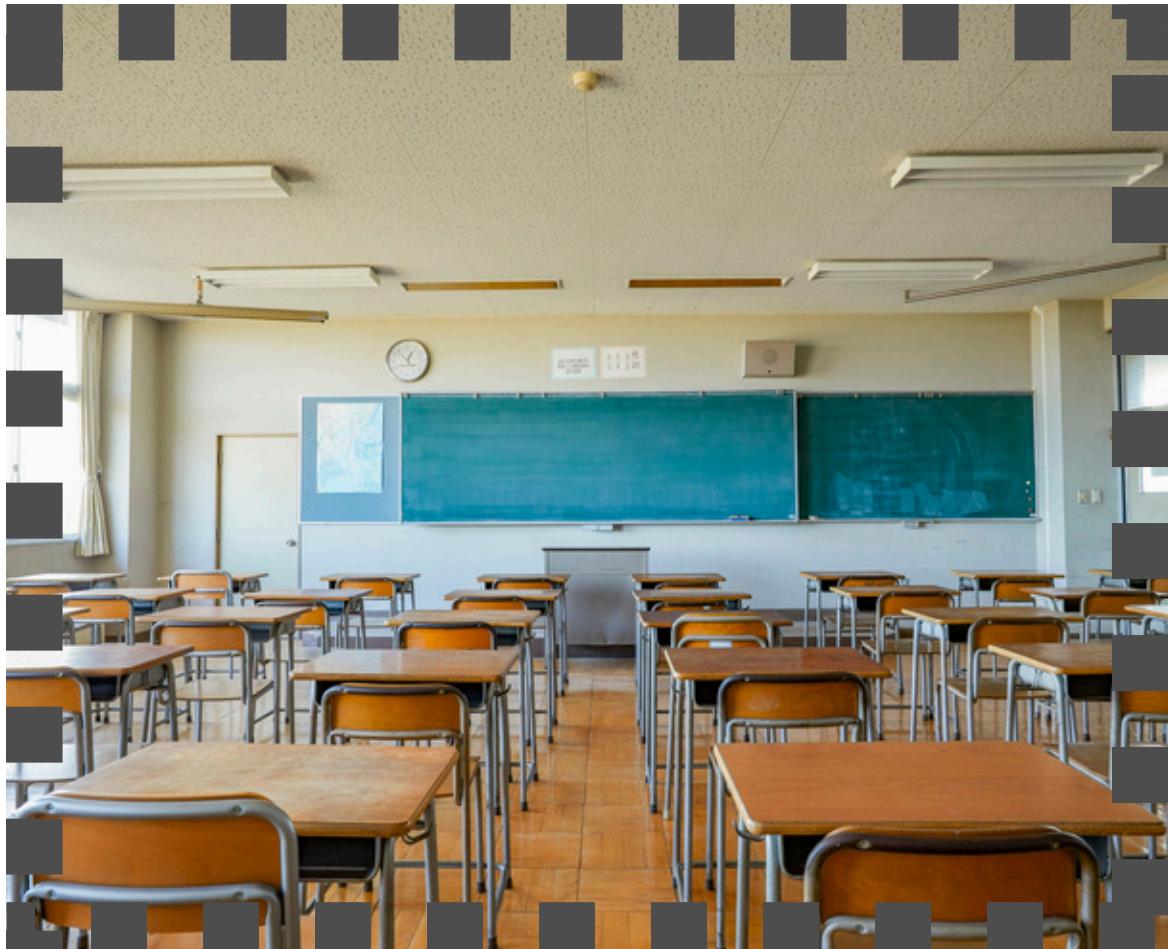
Einrichtung „Runder Tisch Mitbestimmung“ – u. a. um die Bildung von Betriebsräten anzuregen. Zusätzlich soll die Tarifbindung von kommunalen Betrieben und deren Töchtern in den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes gesichert und ausgebaut werden.

Die Kooperationspartner sprechen sich ausdrücklich – auch im Hinblick auf die IGA 2027 – für die Steigerung der Attraktivität unseres Rhein-Herne-Kanals aus. Diese Steigerung beinhaltet vor allem Zugänge sowie den Ausbau von Radverbindungen, Spazierwegen und gastronomischen Angeboten.

Begrenzung bei der Ansiedlung von Logistikunternehmen mit dem Blick auf entstehende Arbeitsplätze im Verhältnis zu verbrauchten Flächen.



SCHULE UND BILDUNG



- Verbesserung des Mittagessens an den Schulen durch den Aufbau eines stadtweiten Menschenkonzeptes.
- Erhalt der letzten Herner Hauptschule.
- Herne als Hochschulstandort weiterentwickeln.
- Fortsetzung und Ausstattung der Schulmodernisierungsgesellschaft bis 2035.
- Langfristig regen die Vertragspartner die thematische und bauliche Weiterentwicklung der VHS an.
- Maßnahmen zur Verringerung der Anzahl von Schülerinnen und Schülern ohne Abschluss, um den Weg in eine Ausbildung zu ermöglichen. Dabei gilt es auch dem Problem des Schulabsentismus entgegenzuwirken.
- Einrichtung einer weiterführenden Schule im Bereich Sekundarstufe I.
- Einrichtung einer zusätzlichen Förderschule
- Attraktive und sichere Gestaltung bei gleichzeitiger Entsiegelung von Schulhöfen für die Nutzung im Nachmittagsbereich als öffentliche Begegnungsstätte für Kinder und Jugendliche.
- Versorgung aller Schulen mit schnellem und stabilem Internet.
- Gesicherte Ganztagsbetreuung im Förderschulbereich.
- Weitere Umsetzung des Konzeptes „Sicher zur Schule in Herne“, um Schülerinnen und Schülern die selbständige Bewältigung des Schulwegs zu ermöglichen.
- Auflegung eines „Saubere Toiletten“-Programms mit klarer Finanzierung und Zeitplan, denn Wohlbefinden und Wertschätzung müssen überall gelten.
- Eine Beteiligung am Projekt „Wortwert“ zur Förderung der sprachlichen Bildung von Kindern. Schülerinnen und Schüler möchten wir dadurch bei ihrer sprachlichen Entwicklung unterstützen und die Schulen vor Ort entlasten.



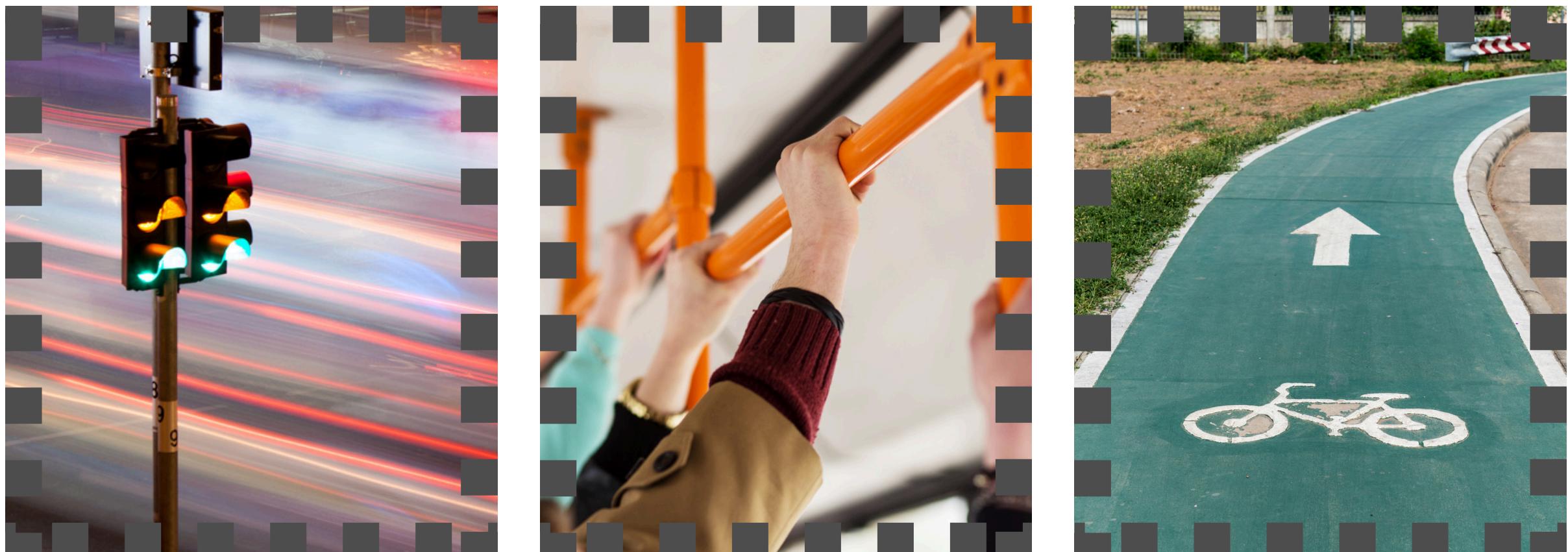
KINDER, JUGEND UND FAMILIE



- Neubau eines Jugendzentrums im Kern Sodingens.
- Umsetzung der Kita-Strategie mit den folgenden Punkten:
 - Anpassung der Versorgungsquote für Unter-Dreijährige auf 50 Prozent.
 - Anpassung der Versorgungsquote für 3-6-Jährige auf 100 Prozent.
- Förderung der deutschen Sprache in KiTas und dabei insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund die Motivation zu einer früheren und längeren KiTa-Besuchsdauer schaffen.
- Ausbau von Familienzentren mit Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangeboten.
- Barrierefreie, inklusive Spielplätze in allen Stadtteilen – mit Fokus auf Aufenthaltsqualität und Teilhabe.
- Ausbau der Suchtprävention für Jugendliche.
- Keine Erhöhung der Kita-Gebühren – Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.
- Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Angebote – durch Stärkung des Sozialpsychiatrischen Dienstes
- Ausbau der Suchtprävention bei Jugendlichen – mit Aufklärungsprojekten, Workshops und gezielter Unterstützung.
- Einrichtung einer stadtweiten Anlaufstelle für Mediensucht und digitale Beratung, inkl. mobiler Schulsprechstunden.
- Erweiterung von Angeboten für ältere Kinder und Jugendliche – mit Graffiti-Wänden, Holzhütten und Chill-Zonen.
- Niedrigschwellige Unterstützung für Eltern schaffen und ausbauen, z.B. durch Elterncafés oder Erziehungsberatung.
- Kita-Navigator modernisieren.
- Stärkung der Frühprävention in Kitas mit Bewegungs- und Sprachförderung, gesunder Ernährung und Zahnpflege.
- Die motorische Entwicklung jedes Kindes besser fördern. Dies sollte bereits in der KiTa mit täglichen Bewegungseinheiten und körperlicher Aktivität beginnen.



MOBILITÄT UND ÖPNV



Flächendeckendes Tempo 30 für die Verkehrsführung in unserer Stadt wird abgelehnt. Tempo 30 ist dort sinnvoll, wo es der Sicherheit dient, z.B. an Schulen, Kindergärten, Altenheimen etc.

Perspektivischer Ausbau von intelligent und dem Verkehrsfluss angepasst gesteuerten Ampeln für besseren Verkehrsfluss.

Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet.

Eine Kostenerhöhung der Anwohnerparkausweise soll weitestgehend vermieden werden.

Digitalisierung der Park and Ride-Plätze.

Ausbau von öffentlichen Parkraummöglichkeiten durch Errichtung von Quartiersparkhäusern oder Nutzung von freien Flächen, beispielsweise des Einzelhandels in den Nachtzeiten.

Reduzierung der Anzahl der „Elterntaxen“ an Schulen und Kindergärten durch den Ausbau von Schulstraßen und Kommunikationskonzepten sowie Erhöhung der Sicherheit an Wegen zu Bildungseinrichtungen. Dabei sind die Standorte individuell zu betrachten.

Ein sinnvolles, effizientes Baustellenmanagement einrichten, um lang andauernde Baustellen in Zukunft zu vermeiden. Insbesondere eine Behinderung des fließenden Verkehrs und der langfristige Entfall von Parkmöglichkeiten am Straßenrand durch Baustelleneinrichtungen ohne Bautätigkeit muss vermieden werden.

Bei Ausweisung von Fahrrad-Schutzstreifen vor Wohnhäusern müssen ausreichend Parkstände entlang der Straße oder in Quartiersparkplätzen zur Verfügung stehen. Dies kann entlang der Straßen durch Errichtung von Parkzonen für Autos in angemessenen Abständen erfolgen. Die Anzahl der Parkstände soll diesbezüglich bemessen werden, um Parksuchverkehre zu vermeiden.

Bei Ausweisung von Fahrrad-Schutzstreifen vor Wohnhäusern müssen ausreichend Parkstände entlang der Straße oder in Quartiersparkplätzen zur Verfügung stehen. Dies kann entlang der Straßen durch Errichtung von Parkzonen für Autos in angemessenen Abständen erfolgen. Die Anzahl der Parkstände soll diesbezüglich bemessen werden, um Parksuchverkehre zu vermeiden.

Der seit langem geforderte Fuß- und Radwegeplan muss erstellt werden. Dieser ist Grundlage für die Errichtung eines einheitlichen Radverkehrsnetzes in unserer Stadt, um dem Fahrrad den Platz einzuräumen, den es in unserer Gesellschaft auch verdient. Dazu gehört die Aufstellung eines Radwegeunterhaltungskatasters, um Sanierungen schneller und effizienter vornehmen zu können. Grundsätzlich gilt: Sanierung und Lückenschlüsse vor Neuausweisung.

Stärkung des Fuß- und Radverkehrs in der Stadt durch Umsetzung entsprechender Konzepte. Dazu gehört der weitere Ausbau von Fahrradzonen.

Fahrradstraßen und Fahrradzonen werden wir zweckbezogen mit der Beschilderung „Für Auto- und Motorradfahrer frei“ gestalten.

Der ÖPNV ist für uns unverzichtbar, da er Grundlage für eine nachhaltige und gute Mobilität ist. Er deckt den alltäglichen Verkehr ab und ist somit ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir werden den ÖPNV weiter stärken und wollen keine Reduktion des Angebots. Wir werden ihn orientiert an sich ändernden Bedürfnissen bedarfsgerecht ausbauen und uns kontinuierlich für eine qualitative Verbesserung einsetzen.

Die E-Flotte unseres Mobilitätsdienstleisters HCR werden wir weiter modernisieren und ausbauen, auch um Emissionen in der Stadt zu reduzieren.

Die HCR werden wir weiterhin mit der Aufgabe „ÖPNV und Mobilitätsdienstleister für die Stadt Herne“ betrauen und die hierfür erforderlichen Beschlüsse fassen.

Ein klares Bekenntnis zur modernen Mobilität in Form gut ausgestatteter Bahnhöfe mit Seilbahn und bedarfsorientierten Verkehrsangeboten.

Organisation von E-Scooter Verleihangeboten vorrangig an Mobilstationen und ausgewiesenen Parkstätten in den Innenstädten und in den Quartieren.

Um einer missbräuchlichen Nutzung von E-Scootern entgegenzuwirken, werden wir einen Identitätsnachweis zur Anmietung dieser Verkehrsmittel prüfen lassen und bei Vorliegen rechtlicher Zulässigkeit umsetzen.

Stärkung der Herner Betriebe durch verbesserte Angebote des betrieblichen Mobilitätsmanagements.

Aufwertung der Aufenthaltsqualität an den Bahnhöfen inklusive des Bahnhofsumfelds.

Beibehaltung des Weststrings als vierspurige Hauptverkehrsstraße.



SICHERHEIT UND ORDNUNG



Konsequente Abarbeitung des in der letzten Wahlperiode gemeinsam erarbeiteten Sicherheitspapiers.

Regelmäßige Durchführung von Quartierskonferenzen zum Thema Sicherheit in den Stadtbezirken unter Beteiligung der BürgerInnen, beginnend im Umfeld des Buschmannshofes und im Feldherrenviertel. Letztgenanntem kommt hier ein Modellcharakter zu; das Sicherheitskonzept soll auch durch ein städtebauliches Konzept flankiert werden.

Erhöhung der Präsenz des Kommunalen Ordnungsdienstes. Dies kann durch Ausweitung der Bestreifung und die mobile Wache erfolgen. Dies verbessert sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden als auch die objektive Sicherheit. Des Weiteren wollen wir den KOD qualitativ und quantitativ ausbauen und z.B. eine Beteiligung am Projekt "Diensthunde" der Stadt Gelsenkirchen prüfen.

Die Ausweitung der Arbeitszeiten des Kommunalen Ordnungsdienstes soll anlassbezogen ermöglicht und durchgeführt werden.

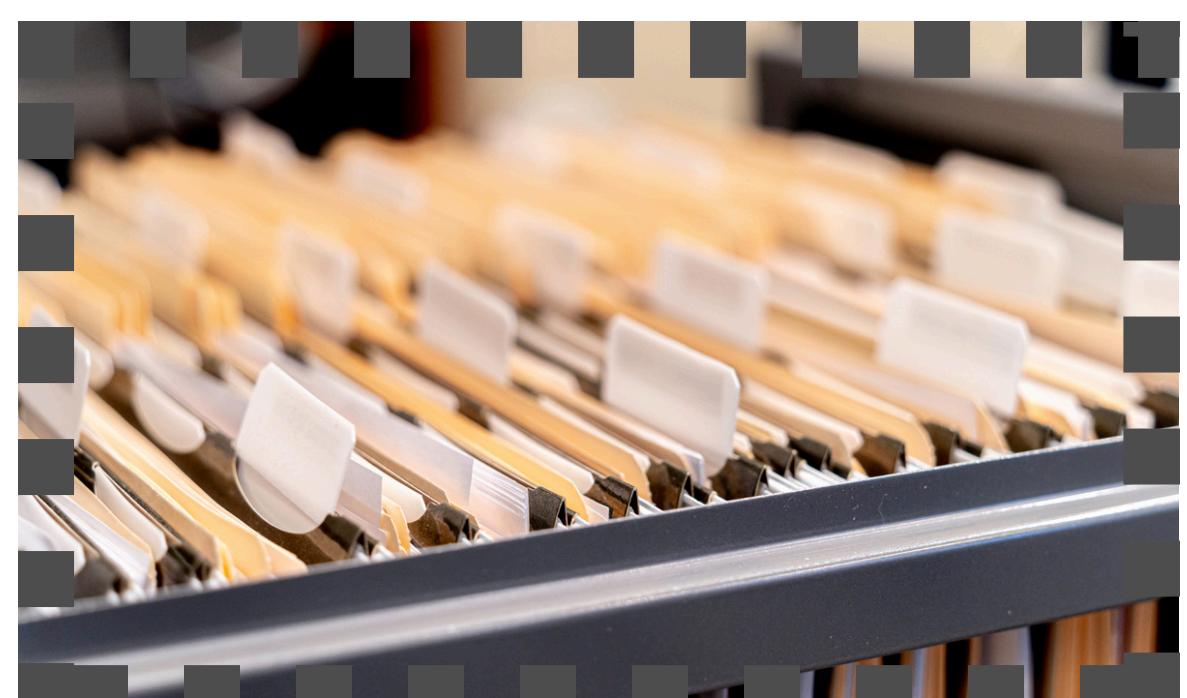
Videoüberwachung ist immer auch ein massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte von Menschen. Deshalb gilt für uns, hier im rechtlich zugelassenen Rahmen so viel Sicherheit wie möglich zu schaffen und dabei so wenig Eingriffe in Persönlichkeitsrechte wie möglich zu vollziehen. Um Straftäter abzuschrecken und Straftaten besser nachzuweisen, werden wir die rechtliche Durchführung von Videoüberwachung exemplarisch wie auf dem Willi-Pohlmann-Platz prüfen und ggf. einsetzen. Für weitere mögliche Einsatzräume, wie für öffentliche Großveranstaltungen, werden wir eine anschließende Sinnhaftigkeitsprüfung durchführen.

Der gemeinsame Streifendienst aus Polizei und Ordnungsamt („Doppelstreife“) sorgt für ein höheres Sicherheitsgefühl, sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilen. Wir werden daher eine Ausweitung der Doppelstreifen anregen. Gemeinsame Aktionen mit übergeordneten Behörden (wie z.B. dem Zoll) sollen ausgeweitet werden.

- Es soll ein Konzept für mehr Sauberkeit im Stadtgebiet erstellt werden.
- Eine neue Sicherheitsarchitektur für Wanne-Nord.
- Fortsetzung der Ausleuchtung von „Angsträumen“ im Rahmen eines Masterplan Lichts in den vier Stadtbezirken.
- Deutliche Steigerung der Überwachung von Problemimmobilien sowie härteres Durchgreifen gegen Besitzer dieser Immobilien. Die Task Force „Problemimmobilien“ werden wir personell und strukturell verstärken – damit Beschwerden und Missstände schnell und systematisch bearbeitet werden.
- Konzept für den Kampf gegen Raser.
- Verbesserung des Katastrophenschutzes und des Notfallmanagements sowie Neuaufbau des Zivilschutzes. Ein starkes und gut koordiniertes System für den Katastrophenschutz ist unerlässlich. Dafür ist ein intensiver Austausch aller Beteiligten notwendig.



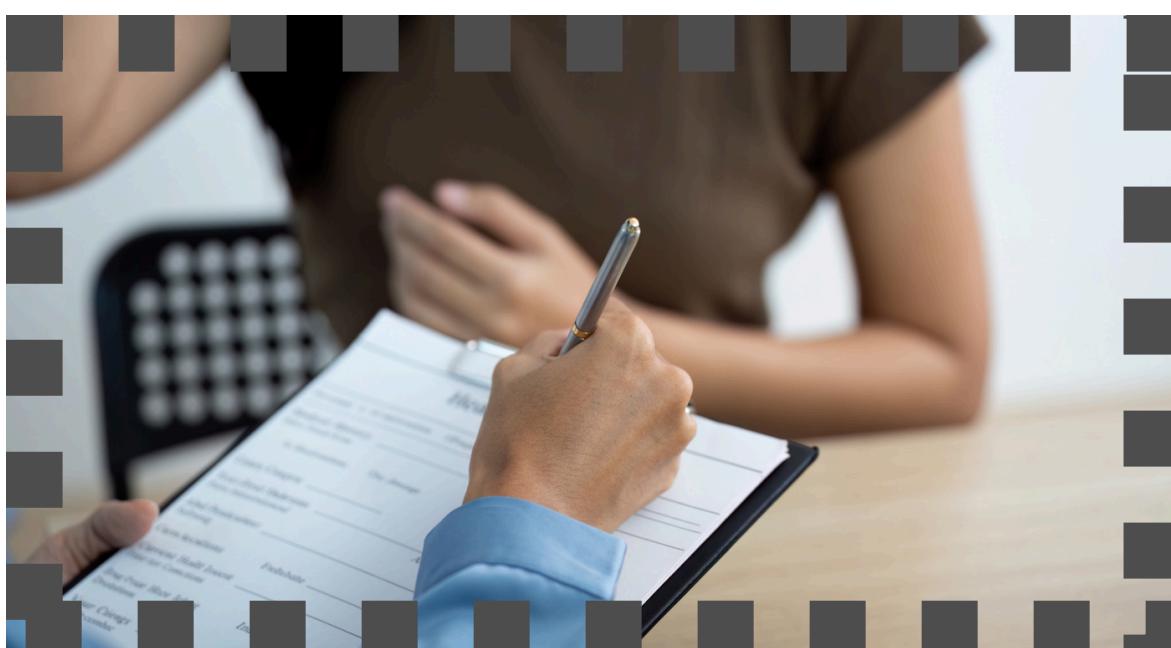
DIGITALISIERUNG UND MODERNE VERWALTUNG



- Weiterentwicklung des Eickeler Markts zu einem Kommunikations- und Begegnungsraum mit freiem W-LAN.
- Nutzung aller Möglichkeiten auf kommunaler Ebene zum Abbau externer und interner Bürokratie, um Prozesse und das alltägliche Leben zu vereinfachen. Dazu gehört u.a. eine „durchgängige digitale Verarbeitung“, in der digitale Prozesse nicht durch analoge Prozesse abgeschlossen werden.
- Abbau von interfraktionellen Arbeitskreisen, Projektgruppen etc. zur Entlastung der Verwaltung und Schaffung von personellen Freiräumen.



SOZIALES



Ergänzung des Ausschussnamens „Soziales, Gesundheit und Senioren“ um den Begriff „Inklusion“.

Stärkung der Gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaft.

Stärkere Straßensozialarbeit an Brennpunkten wie Schulhöfen, Buschmannshof, Europaplatz und Innenstadt durch Einsatz von Streetworkern in allen vier Stadtbezirken.

Schuldnerberatung stärken und Verbraucherinformation ausbauen.

Konsequente Weiterentwicklung und Fortschreibung des Inklusionsplanes.

Elternarbeit stärken.

Verbesserung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit, (um z.B. Sozialleistungsmisbrauch zu verhindern).

Verhinderung von Sozialleistungsmisbrauch durch verbesserte behördenübergreifende Zusammenarbeit.

Schaffung von Einsatzstellen für Sozialstunden im Bereich Stadtverschönerung.

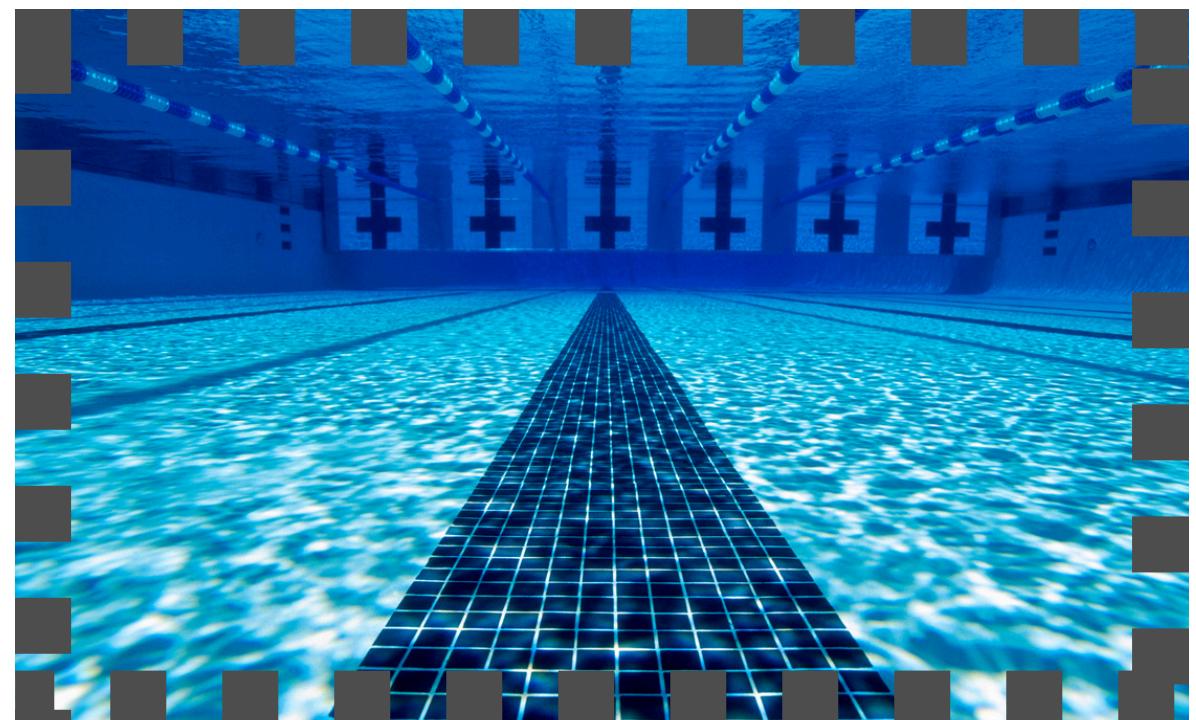
Strategie gegen Einsamkeit entwickeln und entsprechende Strukturen konzeptionell erarbeiten und schaffen.

Seniorenförderplan unter maßgeblicher Beteiligung der davon betroffenen Menschen in unserer Stadt auf den Weg bringen.

Ausbau der Barrierefreiheit bei öffentlichen Veranstaltungen, u.a. bei der Cranger Kirmes.



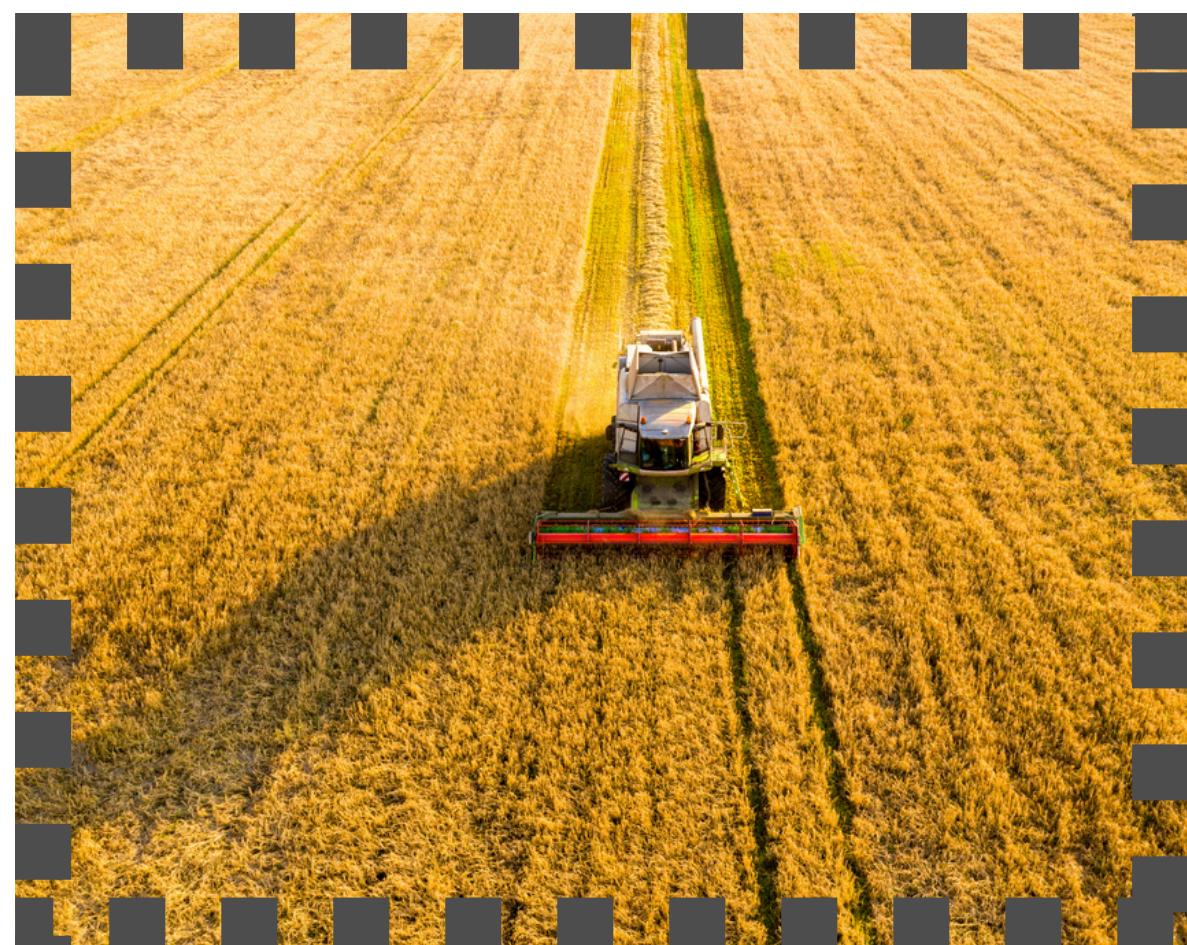
SPORT



- Weiterhin kostenfreie Nutzung der städtischen Sportanlagen.
- Die Sportstätten im gesamten Stadtgebiet weiter modernisieren und den Bestand bedarfsgerecht sicherstellen.
- Die Partner sprechen sich für die Prüfung zur Ausweisung einer Laufstrecke aus, die nach dem Vorbild des „Ruhr Inline“ auch in den späten Abendstunden ausreichend ausgeleuchtet und damit sicher ist. Als erster Abschnitt könnte eine Strecke im Herner Stadtgarten, über die Halde in Sodingen und um die Akademie Mont-Cenis einen Weg von ca. 5 km abdecken. Im weiteren Verlauf sollte versucht werden, diese Strecke mit dem Wanner Sportpark und dem Volksgarten in Eickel zu verbinden.
- Jedes Kind soll Schwimmen lernen. Dafür sind ausreichende, moderne und gut ausgestattete Wasserflächen, eine Ausweitung von Schwimmkursen in Kooperation mit Schulen und Bädern sowie eine Schwimbefähigung der Lehrkräfte notwendig.
- Um die Schwimmausbildung der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen, bekennen sich die Kooperationspartner zum Neubau eines Hallenbades für den Schul- und Vereinssport in Herne-Eickel sowie eines Lehrschwimmhallenbades am Standort Südpool. Zur Gegenfinanzierung sollen marode Lehrschwimmbecken außer Betrieb genommen werden.
- Der Revierpark Gysenberg mit seinen vielfältigen sportlichen, kulturellen und integrativen Angeboten bedeutet für uns Heimat und Stadtgeschichte. Wir bekennen uns zur weiteren Verantwortung und gegen eine Aufschmelzung der Revierpark Gysenberg GmbH auf auswärtige Unternehmungen.
- Ausweitung des Angebots an Schwimmkursen.
- Sporthallen im gesamten Stadtgebiet weiter modernisieren und im Bestand sichern.
- Aktualisierung des Sportstättenkonzepts zur bedarfsgerechten Planung für den Ausbau und die Modernisierung von Sportstätten.
- Ausbau der inklusiven Sportmöglichkeiten in Herne. Das Thema Inklusion ist bei allen Planungen und Modernisierungen mit einzubeziehen.
- E-Sport in unserer Stadt als ergänzenden Teil eines vielfältigen Sportangebotes fördern.



UMWELT



- Stadtteilkonferenzen zum Thema Klima.
- Konsequentes Umsetzen des Grünflächenentwicklungsprogramms.
- Erhalt und Stärkung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und Betriebe.
- Baum-Offensive für Herne starten – in Parks, auf Schulhöfen und an Straßen.
- Einrichtung einer Baumbewässerungsapp, damit Bürgerinnen und Bürger beim Schutz der städtischen Bäume vor den Folgen des Klimawandels helfen können.
- Bau einer Klimaschutzsiedlung auf der Fläche der ehemaligen Stadtgärtnerei (Straße Am Hauptfriedhof).
- Klimarelevanter Umbau der Parkanlage Bergemanns Hof.
- Überall entsiegeln, wo es möglich und sinnvoll ist, um Hitze zu lindern und Lebensraum zu schaffen.
- Grün- und Waldflächen erhalten, besser pflegen, qualitativ aufwerten und dabei auch die Bürgerbeteiligung in den Quartieren stärken.

KULTUR



- Die Kooperationspartner werden die Ausweitung der Kulturförderung (nicht nur für niedrigschwellige Angebote) vorantreiben.
- Die Fortschreibung des Inklusionsplanes bleibt gemeinsame Aufgabe für die kommenden Jahre (z.B. durch den barrierefreien Ausbau der Stadtbibliotheken).
- Erhalt und stetige Instandhaltung des Volkshauses Röhlinghausen sowie Stärkung des Umfeldes.
- Das vielfältige kulturelle Angebot aufrechterhalten, unterstützen und möglichst ausbauen. Daher müssen die Strukturen der meist ehrenamtlichen Organisationen auch weiterhin durch Zuschüsse und Zuwendungen gefördert werden.
- Unterstützung der Arbeit der Herner Künstlerinnen und Künstler und der kulturschaffenden Vereine.
- Haftzellen im früheren Polizeigebäude zu einem Erinnerungsraum mit Blick auf die Zeit des Nationalsozialismus in Herne weiterentwickeln.
- Erstellung eines Nutzungskonzeptes für den Kaiser Wilhelm Turm im Volkspark.
- Ausbau der Haltepunkte der Junior-Fahrbibliothek.
- Abschaffung der Gebühren für den Bibliotheksausweis.
- Die Stadtbibliotheken in Herne und Wanne-Eickel als einen zentralen Ort des Lesens und Lernens aufrechterhalten und ausbauen. Dazu gehört auch die barrierefreie Gestaltung der beiden Standorte.
- Schaffung von kreativen Freiräumen für Graffiti-Kunst, beispielsweise an Mauern in Skateanlagen.
- Die Städtische Musikschule und die Jugendkunstschule zukunftssicher gestalten. Sie stellen eine gute Grundlage für die künstlerische Ausbildung in unserer Stadt dar.
- Mehr Ausgehmöglichkeiten für junge Menschen. Wir möchten hierfür u.a. die Ansiedlung und Etablierung eines Clubs/einer Disco unterstützen, z.B. mit dem „Schöner Ankommen“-Programm.
- Erhalt und Ausbau der Attraktivität der Cranger Kirmes.

WOHNEN, INFRASTRUKTUR UND STADTENTWICKLUNG



Verbesserung der Rahmenbedingungen und Vorhalten von Flächen für den sozialen Wohnungsbau. Wir wollen allen Einkommensschichten bezahlbares Wohnen ermöglichen.

Weiterentwicklung des Wohnungsmarkts in all seinen Facetten.

Problem- und Schrottimmobilien reduzieren und positive Perspektiven im Sinne der Quartiere entwickeln.

Weiterentwicklung des kleinräumigen Monitorings.

Wohngebiete mit guter Aufenthaltsqualität schaffen.

Klimaschonende Nachverdichtung von Quartieren.

Neubau und Sanierung nachhaltig und barrierefrei durchführen.

Wir setzen uns dafür ein, die Bauanträge für den Wohnungsbau zu beschleunigen.

Die digitale Bauakte einführen – damit Bauanträge schneller, transparenter und komplett online bearbeitet werden können.

Wohnen am Wasser stärken und dabei zugleich einen Masterplan Wasserlagen vorlegen, um Wohnen und Freizeit, Naherholung und Tourismus, Kultur und Wirtschaft zu stärken.

Errichtung eines Stadtparkprogramms mit der Errichtung eines Gesamtkonzepts Schlosspark Strünkede.

Wir möchten die Außenwerbung unserer Stadt durch ein zeitgemäßeres und effizienteres Marketing verbessern und Herne als sehenswerte Stadt für Besucher von außerhalb etablieren.

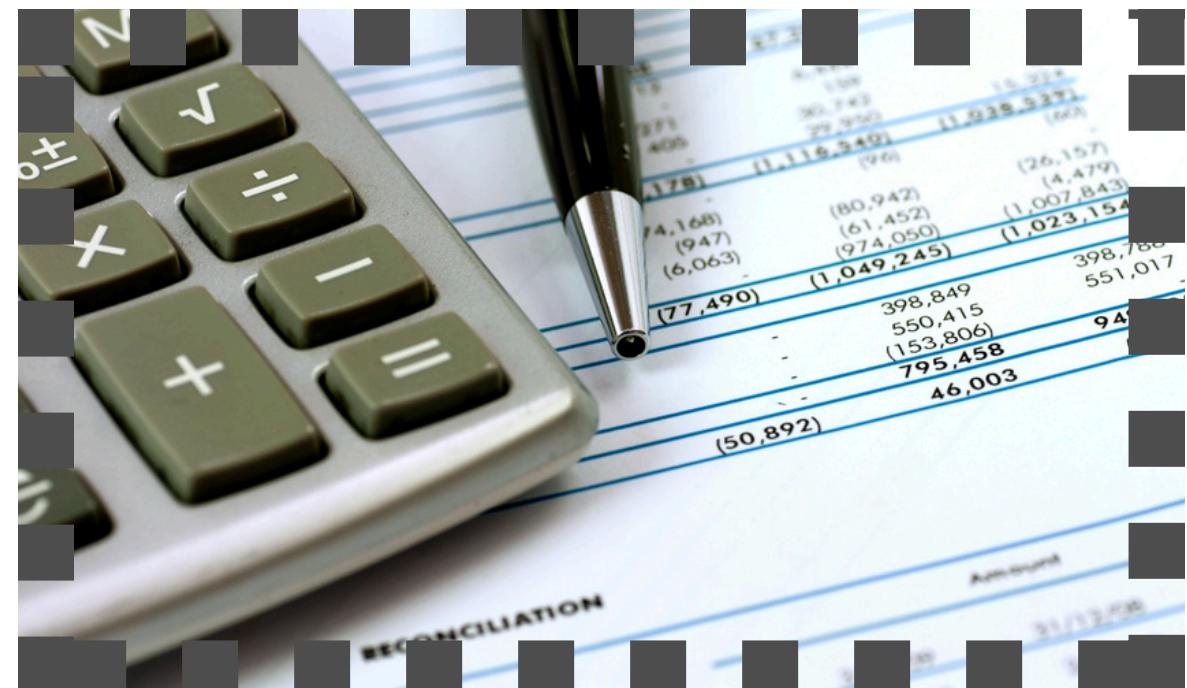
SEG und HGW sollen sich gemeinsam um den Erwerb und die Sanierung von Problemimmobilien ("Schrottimmobilien") kümmern.

Kirchen erhalten und entweihte Kirchenstandorte mit Respekt vor ihrer Geschichte weiterentwickeln – für Wohnen, Kultur, Sport oder soziale Nutzungen, z.B. durch ein Kirchennutzungskonzept.

Erhöhte Anstrengungen seitens der Verwaltung, um vielen Anbietern die Errichtung von E-Ladesäulen im gesamten Stadtgebiet auf allen öffentlichen Parkplätzen ohne bürokratische Hindernisse zu ermöglichen.



FINANZEN UND KOMMUNALER HAUSHALT



Nachhaltige Haushaltsführung. Ein solider Haushalt muss auf langfristige Stabilität und Genehmigungsfähigkeit ausgerichtet sein.

Prüfung und Optimierung von Ausgaben umsetzen. Eine kontinuierliche Überprüfung aller Ausgaben ist notwendig, um ineffiziente Strukturen zu erkennen und zu beseitigen.

Wir setzen uns dafür ein, die Bauanträge für den Wohnungsbau zu beschleunigen.

Kontinuierliche Förderung von Investitionen in die Infrastruktur.

Weiterhin eine gute finanzielle Förderung von ehrenamtlichem Engagement und die Unterstützung für Vereine und ehrenamtliche Initiativen sicherstellen, um die Gemeinwesenarbeit zu stärken.

Wir möchten uns für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Land und Bund einsetzen. Um die finanziellen Spielräume zu erweitern, setzen wir uns für eine Reform der kommunalen Finanzstruktur auf Landes- und Bundesebene ein. Dies beinhaltet die Forderung nach einer verbesserten Finanzausstattung für die Kommunen, sodass notwendige Projekte nachhaltig finanziert werden können.

Optimierung und Ausbau des Fördermittelmanagements, um Fördermittel effizienter und zielgerichteter abzurufen.



DEMOKRATIE STÄRKEN

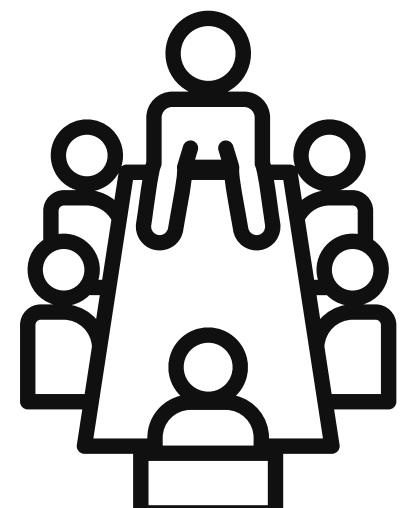
Wir bekennen uns zum „Herner Versprechen“ und versprechen weiterhin, den Kampf um den Schutz der Menschenwürde, der Demokratie und des Rechtsstaats entschlossen weiterzuführen.



PERSONAL UND BETEILIGUNGEN

AUSSCHÜSSE

Die Aufgaben des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Sicherheit und Ordnung werden aufgeteilt. Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung soll um das Aufgabenfeld „Bevölkerungsschutz“ erweitert werden. Fortan soll es daher einen Ausschuss für Bürgerbeteiligung sowie einen Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Bevölkerungsschutz geben. Der Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerbeteiligung soll in Zukunft die bereits bestehende Funktion des Bürgerbeauftragten innehaben.



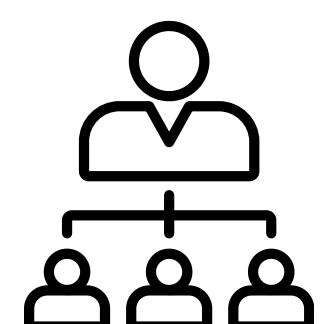
BÜRGERMEISTER

Für die Wahlperiode 2025-2030 stellt die SPD den ersten, die CDU den zweiten Bürgermeister. Bei den konstituierenden Sitzungen der Bezirksvertretungen wird jeweils der Bezirksbürgermeister durch die SPD und der erste stellvertretende Bezirksbürgermeister durch die CDU gestellt.



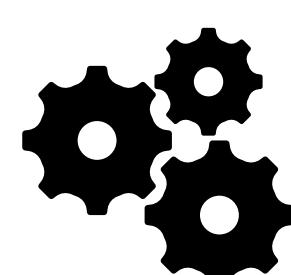
DEZERNENTEN

Die SPD erhält das Vorschlagsrecht auf die Besetzung des Dezernates III.



BETEILIGUNGEN

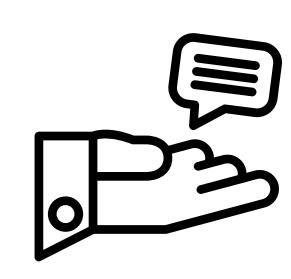
Die Funkenberg-Entwicklungsgesellschaft (FEG) und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) werden stärker inhaltlich und organisatorisch verzahnt, um die Kompetenzen und Aufgaben effizienter zu bündeln.



Bei der Entsorgung Herne soll ein zusätzlicher Vorstand für Haushalt und Personal eingerichtet werden, wie es in den Entsorgungsbetrieben der umliegenden Städte Usus ist.



Die CDU erhält das Vorschlagsrecht für die WFG sowie den Haushalts- und Personalvorstand der Entsorgung Herne. Die SPD erhält alle übrigen Besetzungsrechte für Beteiligungen.



Alle Stellenbesetzungsverfahren bedürfen der externen Ausschreibung.

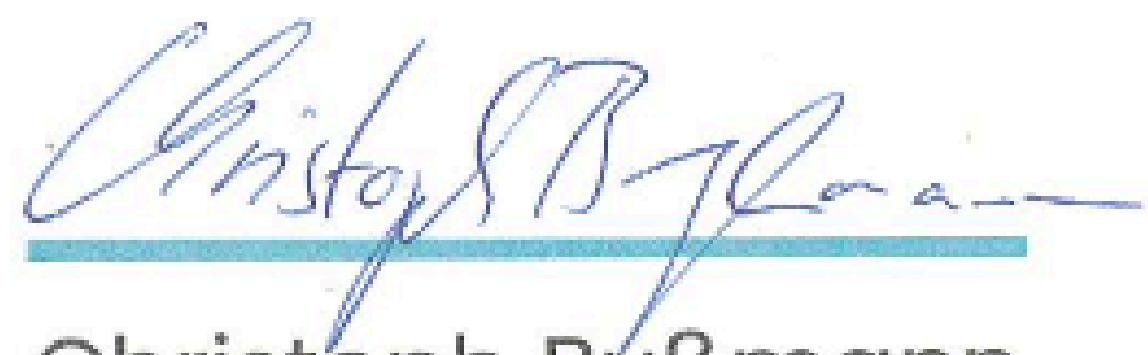


ABSICHTSERKLÄRUNG

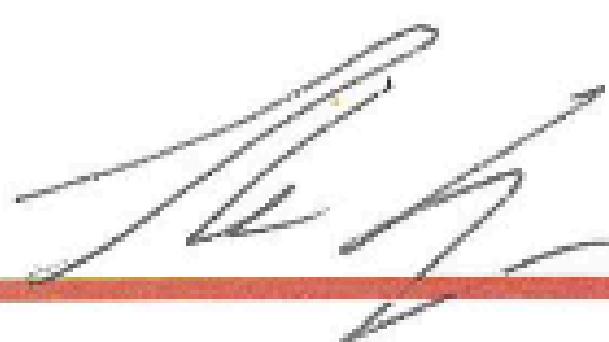
■ Herne, den 04.11.2025



Hendrik Böllmann
Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Herne



Christoph Bußmann
Kreis- und Fraktionsvorsitzender der CDU Herne



Kai Gera
Vorsitzender der SPD-Fraktion



Björn Wohlgefahrt
Stellv. Vorsitzender der CDU Herne